

Antrag

**der Abgeordneten Martin Dolzer, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Cansu Özdemir,
Christiane Schneider, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Studentisches Wohnen ausbauen – Zusätzliche Wohnungen beim Studierendenwerk Hamburg schaffen – Studierendenwerk auskömmlich finanzieren

Der Wohnungsmarkt in Hamburg ist seit Jahren angespannt. Der Wohnraummangel, insbesondere im preisgünstigen Segment, verschärft sich mehr denn je. Das betrifft auch Studierende. Im bundesweiten Vergleich bezahlen Studierende in Hamburg (374 Euro) und München (375 Euro) die höchsten Mieten. Hingegen liegt die Wohnkostenpauschale am BAföG mit 250 Euro deutlich unter den realen Wohnkosten in Hamburg und auch unter dem Wohnkostenzuschuss im SGB II. Deutlich preiswertere, öffentlich geförderte Wohnungen bietet hingegen das Studierendenwerk. Diese Plätze sind seit Langem zu knapp. Seit Jahren liegt die Auslastungsquote der Wohnheimplätze des Studierendenwerkes bei 100 Prozent, bei einer vergleichsweise geringen Versorgungsquote von derzeit 5,8 Prozent durch das Studierendenwerk. Rechnet man Angebote privater Träger hinzu, die der Preis- und Belegungsbindung unterliegen, liegt die Versorgungsquote mit 7,7 Prozent immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von 9,86 Prozent (DSW: Wohnraum für Studierende – Statistische Übersicht 2016). Aufgrund des kontinuierlichen Anstiegs der Studierendenzahlen kann zudem davon ausgegangen werden, dass die Versorgungsquote trotz des geplanten Ausbaus an Wohnheimplätzen zukünftig konstant bleibt. Insbesondere zu Beginn eines Wintersemesters ist die Nachfrage nach Zimmern in den Wohnanlagen des Studierendenwerkes besonders hoch, sodass es zu Wartezeiten von bis zu mehreren Monaten kommen kann. So standen Mitte September 2017 rund 1.400 Interessierte auf der Warteliste des Studierendenwerkes. Auch für die Vorjahre wies die Bewerber-/innenliste ähnlich hohe Anfragezahlen auf (vergleiche Drs. 21/14108).

Zu einer Wissenschaftsmetropole gehört auch, dass die besonderen Bedürfnisse von Studierenden bei der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Mit einem Ausbauziel von weiteren 650 Plätzen bis 2020, leistet das Studierendenwerk hierzu einen wichtigen Beitrag. Umso wichtiger ist eine auskömmliche Finanzierung des Studierendenwerkes aus Landesmitteln. Im Vergleich zu anderen Großstädten ist dieser Anteil in Hamburg mit bisher nicht einmal 5 Prozent sehr gering – zum Vergleich Berlin 12,3 Prozent, Köln 11,1 Prozent und Bremen 14,3 Prozent. Auch die jährliche Erhöhung der Zuwendungen der BWFG an das Studierendenwerk um 50.000 Euro ist bei Weitem nicht ausreichend. Die Investitionsbedarfsplanung der Jahre 2018 – 2027 weist einschließlich erforderlicher Grundsicherungen und Neubauvorhaben einen Finanzbedarf von circa 140 Millionen Euro auf (Geschäftsbericht des Studierendenwerkes Hamburg 2017).

Das Studierendenwerk Hamburg ist aus mehreren Gründen der richtige Partner bei der Schaffung studentischen Wohnraums. Es ist deshalb privatwirtschaftlichen Akteuren auf dem Immobilienmarkt unbedingt vorzuziehen.

Die Hamburgische Bürgerschaft möge beschließen:

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf,

1. gemeinsam mit dem Studierendenwerk Hamburg geeignete Maßnahmen zu prüfen, um den Ausbau der Wohnheimkapazitäten so zu gewährleisten, dass zukünftig das Niveau des bundesweiten Durchschnitts von 10 Prozent erreicht wird,
2. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2019 ein Umsetzungskonzept zum Ausbau weiterer Wohnheimplätze beim Studierendenwerk Hamburg vorzulegen,
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Wohnkostenpauschale im BAföG den realen Wohnkosten in Hamburg angepasst und die Ausbildungsförderung insgesamt als elternunabhängiger, rückzahlungsfreier Vollzuschuss gewährt wird.